

Am 1. September, dem Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen, wurde seit Ende der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts der Weltfriedenstag in der DDR bzw. der Antikriegstag in der BRD begangen. Wir setzen im geeinten Deutschland diese Tradition fort.

Der Weltfriedenstag steht in diesem Jahr besonders im Zeichen des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine - **Wir fordern ein sofortiges Ende dieses Krieges.**

Jeder Getötete ist ein Getöteter zu viel. Jedes zerstörte Wohnhaus, jede zerstörte Infrastruktur erfordert einen mühevollen Wiederaufbau. Kriege führen zu schweren Umweltschäden. Die Politik spricht von einer Zeitenwende in Europa nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, unterschlägt dabei aber den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien im Jahre 1999. Medial vergessen werden die Kriege westlicher Länder u.a. gegen den Irak, Libyen Syrien und Afghanistan.

Der Krieg in der Ukraine begann nicht erst am 24.2.22, sondern bereits mit dem Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine 2014. Seitdem bis zum 24.02.22 waren bereits ca. 14.000 Getötete zu verzeichnen.

Durch eine konsequente Umsetzung der Minsker Verträge, auch in Verantwortung der Garantiemächte Deutschland und Frankreich, hätte die Eskalation vermieden werden können. Auch die Ausdehnung der Nato gen Osten, der Kündigung nahezu aller Abrüstungsverträge durch die USA und der Ablehnung russischer Verhandlungsangebote durch USA und Nato noch im Dezember 2021 haben zur gegenwärtigen Situation beigetragen.

Kriege können nie durch mehr Waffen oder Aufrüstung, sondern nur durch Diplomatie und Ausgleich der Interessen aller Beteiligten beendet bzw. vermieden werden.

Weitere Waffenlieferungen erhöhen die Gefahr der Auslösung eines atomaren Weltbrandes, der vorrangig auf deutschem und europäischem Boden stattfinden würde.

Wir wenden uns daher gegen die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf über 80 Mrd. Euro jährlich und gegen die Aufnahme von 100 Mrd. „Sonderschulden“, kein, wie manipulativ formuliert wird, „Sondervermögen“ für die Bundeswehr.

Für die Friedensbewegung gilt weiter die Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ und die Beendigung der atomaren Teilhabe Deutschlands an amerikanischen Atomwaffen.

Das Friedensbündnis Schwerin und die Ortsgruppe der Sammlungsbewegung Aufstehen rufen auf zu einer

Kundgebung am 1.9.22 um 17.00 Uhr auf dem Schweriner Markt.